

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
- ins Haus 12 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Viertel-Jahresheft)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 40 Pf., Familienanz., 25 Pf.
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 89/90.

Berlin, Sonnabend, 10. November 1917.

Neunundvierzigster Jahrgang

Inhalts-Verzeichnis.

Ein neuer Reichszanler. Der christlich-nationale Arbeiterkongreß. — Die wirksame Bekämpfung des Nahrungsmittelschwindsels. — Allgemeine Kundschau. — Amtlicher Teil. — Aus dem Verbands- — Anzeigen.

Ein neuer Reichszanler.

Die Kanzlerchaft des Herrn Dr. Michaelis ist nicht von langem Bestand gewesen. Nur wenig mehr als ein Vierteljahr hat er das verantwortungsvolle Amt bekleidet. Als wir dem scheidenden Bethmann-Hollweg im Juli aufrichtige Worte der Anerkennung zollten, bekräftigten wir gleichzeitig seinen Nachfolger Dr. Michaelis mit folgenden Worten:

„Nun ist er zum leitenden Staatsmann im Reich und auch zum Ministerpräsidenten in Preußen ernannt worden, und allenthalben lauscht im Volke die Frage auf, ob und dieser Wechsel im Reichszanleramt dem Frieden näherbringen könne. Das kann natürlich niemand beantworten, denn die Beendigung des Krieges hängt nicht nur von der Person des Reichszanlers ab, sondern auch insbesondere vom Willen der kriegführenden Völkern, von der militärischen Lage, des Krieges und einer ganzen Reihe anderer Umstände. In der nächsten Zeit wird sich wohl ergeben, welcher Kurs nun eingeschlagen werden soll. In dem Teil der Arbeiterschaft, der bisher Gelegenheit hatte, mit Herrn Dr. Michaelis in Verbindung zu kommen, erfreut sich der neue Reichszanler infolge seiner Gerechtigkeit und Offenheit weitestgehender Sympathien.“

Vorurteillosler konnte kaum ein Reichszanler von uns bei seinem Amtsantritt bekräftigt werden. Jetzt nachdem Dr. Michaelis wieder von der Bildfläche verschwunden ist, können wir erklären, daß die Hoffnungen, die wir auf ihn gesetzt haben, nicht erfüllt worden sind. Die deutsche Arbeiterschaft weint ihm keine Träne nach. Als Reichszanler hat er unseres Erachtens völlig versagt. In Anbetracht seiner unbestreitbaren Fähigkeiten aber wünschen wir, daß Dr. Michaelis Gelegenheit geboten wird, sich auf einem andern Gebiete im Interesse des deutschen Volkes weiter zu betätigen.

Die Wahl seines Nachfolgers war mit mannigfachen Schwierigkeiten verknüpft. Am deutschen Reichstage hat sich ein Parteiblock gebildet, der unerschütterlich auf dem Boden der Friedensentscheidung vom Juli steht, der aber auch festhält an der Parlamentarisierung des deutschen Reiches. Nur ein Mann, der sich auf diesen Block stützen kann, ist in der Lage, praktische Politik zu treiben. Es kam also darauf an, daß ein Mann zum Reichszanler ernannt würde, der die Mehrheitsparteien des Reichstages hinter sich hat. Er ist gefunden worden in der Person des Grafen Hertling, des bisherigen bayerischen Ministerpräsidenten. Graf Hertling übernimmt das in der jetzigen Zeit besonders schwierige Amt des Reichszanlers in einem Alter von 71 Jahren. Das Opfer, das er damit bringt, ist also kein leichtes, namentlich wenn man berücksichtigt, daß die Gebrechen des Alters schwerer auf ihm lasten als auf manchem andern. Aber die Not der Zeit hat ihn veranlaßt, dem Rufe Folge zu leisten.

Graf Hertling hat im politischen Leben des deutschen Reiches seit vielen Jahren eine bedeutende Rolle gespielt. Als einflußreiches Mitglied und späterer Führer der Zentrumspartei hatte er mehrfach Gelegenheit, sich zu Fragen der auswärtigen Politik zu äußern, und es muß zugestanden werden, daß er sich dabei stets als ein außerordentlich kundiger und gewandter Politiker erwiesen hat. Das bayerische Ministerpräsidentium übernahm er im Jahre 1912. Schon einmal, beim Abgange Bethmann-Hollwegs, war ihm der Reichszanlerposten angeboten worden. Damals aber lehnte er ab.

Jetzt hat er dem Rufe Folge geleistet und gleichzeitig das Ministerpräsidentium in Preußen übernommen.

Mit dem Wechsel im Reichszanleramt allein aber war die innerpolitische Krise nicht gelöst. Es steht fest, daß sowohl im Reich, wie im preussischen Staatsministerium noch verdringende Änderungen vorgenommen werden. Zurzeit ist darüber noch nichts bekannt. Nur daß der Vizekanzler Dr. Helfferich sein Abschiedsgesuch eingereicht hat und daß dies auch angenommen worden ist, scheint einstweilen festzustehen. In den Vorberedungen, die Graf Hertling mit den Führern der Mehrheitsparteien vor seiner Amtübernahme hatte, hat er sich damit einverstanden erklärt, führende Persönlichkeiten aus diesen Parteien zu Mitarbeitern zu machen. Wer diese Persönlichkeiten sind, ist im Augenblick auch noch nicht bekannt. Die sozialdemokratische Partei hat auf die praktische Mitarbeit in einem Reichsamt oder in einem preussischen Ministerium einstweilen verzichtet. Dagegen werden führende Nationalliberale beim Fortschrittler in die Regierung berufen werden. Ob der Vizekanzler des Reiches der eigene für Herrn Dr. Helfferich geschaffen worden ist, beibehalten werden wird, ist noch nicht ganz sicher.

Wie aber auch der Gang der Entwicklung weiter sein wird, das steht fest, daß mit der Reichszanlerchaft des Grafen Hertling nicht allein ein Personalwechsel, sondern ein Zusammenwechsel eingetreten ist. Die Ernennung des Reichszanlers erfolgt nach der Reichsverfassung durch den Kaiser. Sie erfolgte bisher, ohne daß das Parlament dabei auch nur ein Wortchen mitzureden hatte. Diesmal hat der Reichszanler sich zur Übernahme des Postens erst bereit erklärt, nachdem er sich der Mitarbeit der Mehrheit des Reichstages versichert hatte. Nur unter dieser Bedingung hat Graf Hertling das ihm dann vom Kaiser angetragene Reichszanleramt übernommen. Der Einfluß des Parlamentes ist also unverkennbar. Er kommt weiter darin zum Ausdruck, daß wie schon angedeutet, hervorragende Parteiführer dem neuen Reichszanler zur Seite treten werden. Vorbedingung für die Unterstützung des Reichszanlers durch die Mehrheitsparteien war, daß sich Graf Hertling zur Fortführung der Verständigungspolitik im Sinne der deutschen Antwort auf die Vapinitote bereit erklärte. Weiter hat Graf Hertling seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben und bezüglich der inneren Politik den Wünschen der Mehrheitsparteien Entgegenkommen zu zeigen. Vor allen Dingen steht er bezüglich der preussischen Wahlrechtsreform durchaus auf dem Boden der königlichen Erlasse. Er ist bereit, den Wünschen auf Abschaffung der politischen Zensur Rednung zu tragen und willens, wichtige sozialpolitische Reformen, insbesondere die Sicherung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter durchzuführen. Selbstverständlich werden den Reichstag in der allerersten Zeit noch viele andere Fragen beschäftigen, über die eine besondere Vereinbarung noch nicht getroffen ist. Bei gutem Willen auf beiden Seiten aber wird es möglich sein, ein Einvernehmen zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit herbeizuführen.

Wir wollen dem neuen Reichszanler nicht mit überhöflichen Hoffnungen entgegenreten. Die allererste Zeit wird ja schon erweisen, wie Graf Hertling sein Amt auffaßt, und wie er es durchzuführen gedenkt. Viel wird dabei auch abhängen von den neuen Mitarbeitern, die er heranzuziehen gedenkt. Wir wollen also einstweilen mit unserm Urteil zurückhalten. Wir bringen der neuen Regierung Vertrauen entgegen, solange sie an den Vereinbarungen festhält, die sie mit den

Mehrheitsparteien getroffen hat. Das letzte Wort im Regierungswechsel ist wie gesagt noch nicht gesprochen. Jedenfalls werden wir schon in der nächsten Woche Gelegenheit haben, uns weiter mit neuen Männern zu beschäftigen. Möge nun aber, das wünschen wir dringend, im Interesse der Einigkeit des deutschen Volkes, aber auch im Interesse der Aufrechterhaltung einer guten Stimmung, die Zeit der Stritten endlich überwunden sein!

Der christlich-nationale Arbeiterkongreß.

Unter der Firma „Vierter deutscher Arbeiterkongreß“ fand in Berlin vom 28. bis 30. Oktober eine Tagung statt, wie sie ähnlich bereits einmal in Frankfurt a. M. und zweimal in Berlin abgehalten worden ist. Im Gegensatz zu den früheren Tagungen hatte man die Deutschen Gewerksvereine diesmal nicht erst eingeladen, weil sie bis dahin die Beteiligung aus wohlverstandenen Gründen stets abgelehnt hatten. Die Hauptrolle auf diesen Arbeiterkongressen spielen die christlichen Gewerkschaften, die dadurch ihrer Bewegung nach außen hin ein gewisses Relief zu geben wissen. Neben ihnen sind Vertreter der Deutsch-nationale Handlungsgewerkschaften, die katholischen und evangelischen Arbeitervereine, die Berliner Fachabteilungen und einige andere Korporationen. Wenn die Veranstalter dieser Kongresse stets betonen, daß hinter den Vertretern rund 1½ Millionen Arbeiter stehen, so stimmt dies deswegen nicht, weil darunter viele Doppelzählungen sind. Denn sehr viele Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und des Deutsch-nationalen Handlungsgewerkschaftenverbandes werden auch gleichzeitig als Mitglieder katholischer oder evangelischer Arbeitervereine gezählt.

Trotzdem kann den Veranstaltern der Tagung die Fähigkeit, aus der Sache etwas zu machen und auch in der Öffentlichkeit ein gewisses Aufsehen zu erregen, nicht abgesprochen werden. Auch die Reichs- und Staatsbehörden hatten den an sie ergangenen Einladungen reichlich Folge geleistet, und der neue Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr. Schwander hielt eine Rede. Die wegen ihres programmatischen Charakters auch in unsern Kreisen Beachtung verdient. Er führte nämlich aus:

Mit freudigem Stolz können wir zurückblickend auf die vergangenen Kriegsjahre sagen, daß die deutsche Arbeiterschaft und die deutsche Angehörigkeit sich im Kampfe um den heimatischen Boden und die deutsche Ehre dabei wie im Felde glänzend bewährt haben. Unser Vertrauen, daß sie auch in Zukunft nicht lässig und müde sein werden, ist tiefbegründet und unerschütterlich. In jeder seine Pflicht, so werden wir uns behaupten. Darum gilt es, nicht eine Stunde kostbarer Arbeitszeit zu verlieren ohne Erzeugung wirtschaftlicher Werte. Wenn ich so gewinnemäßig von einer moralischen Arbeitspflicht spreche, ist die Verbindung mit der Idee der Sozialpolitik gegeben. Wir werden zum Aufbau unserer sozialen Einrichtungen, die denen aller feindlichen Länder voranziehen, keine Anstrengung scheuen. Den Vorwurf, den wir manchmal gehört haben und auch heute noch hören müssen, daß unsere Fortschritte auf sozialem Gebiete sich in einem zu schnellen Tempo bewegen, kann heute nach den gewaltigen Leistungen unseres Volkes nur noch der erheben, der nicht zugeben will, daß man die innere Kraft eines modernen Staatswesens nach dem Stande seiner sozialpolitischen Einrichtung beurteilen muß. Das ist auch die Meinung des Reichszanlers. Selbstverständlich — und auch der letzte Arbeiter wird das verstehen — hat die Fortführung der Sozialpolitik Rücksicht zu nehmen auf die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und auf unsere Konkurrenzfähigkeit im

künftigen schweren Wettkampf der Völker auf wirtschaftlichem Gebiete. Ein Programm der kommenden Sozialpolitik will ich nicht aufrollen, nur sagen, daß wir jetzt ernstlich prüfen, wie das Arbeitsrecht frei von unnötigen Fesseln und Beschränkungen ausgebaut werden kann, wie dem Arbeiter und Angestellten eine Mitwirkung und Beteiligung im öffentlichen Leben, wie sie andere Berufsklassen bereits besitzen, gegeben werden könnte, und wie die geschäftlichen Grundlagen der Arbeit ihrer Berufsorganisationen den Bedürfnissen der Zeit anzupassen wären. Diese Prüfung muß sich gründen auf die Hebung von dem Werte der Mitarbeit der Berufsverbände aller Art, wie wir sie während des Krieges recht hoch einschätzen gelernt haben, aber nicht nur für die Kriegszeit, sondern auch für den Wiederaufbau und die Fortsetzung der Friedensarbeit.

Danach darf die deutsche Arbeiterschaft mit einiger Sicherheit darauf rechnen, daß die Frage einer Reform des Arbeitsrechts ihrer baldigen Lösung entgegengeht, daß wir endlich ein Arbeitskammergesetz bekommen und daß das Koalitionsrecht ausgebaut und seiner lästigen Fesseln entkleidet wird.

Von den zahlreichen Referenten, die auf der Tagesordnung standen, sind von allgemeinem Interesse der Vortrag über die dringenden Aufgaben der Sozialpolitik, über die Hausbrand- und Lebensmittelversorgung im vierten Kriegswinter, über den Stand der Lohn- und Gehaltsfragen und über die Erstellung von Kleinwohnungen nach dem Kriege. Zu all diesen Fragen, die ausgiebig diskutiert wurden, wurden entsprechende Entschließungen angenommen.

In der Presse ist über den Kongress sehr ausführlich berichtet worden. Die christlich-nationale Bewegung verhofft sich damit auch in Kreisen Beachtung, die nach ihrer ganzen Anschauungsweise ihr fernstehen. Angesichts dieser Tatsache sollten die auf freibürgerlich-nationalem Boden lebenden Arbeiter- und Angestelltenverbände, die an Zahl hinter jenen nicht zurückstehen, einmal den Gedanken erwägen, ob nicht auch sie eine ähnliche Gemeinschaft bilden und mit derartigen, auf die Öffentlichkeit wirkenden Veranstaltungen hervortreten sollten. Man sollte wenigstens darüber einmal zu einer Aussprache sich zusammensetzen.

Die wirksame Bekämpfung des Nahrungsmittelschwindels.

Im vergangenen Jahre wurde im Kriegsernährungsamt erzoogen, ob man dem Drange auf Errichtung einer Prüfungsstelle endlich nachgeben und so den im Laufe des Krieges zu einem unerträglichen Uebel herangewachsenen Erbsmittelunsinn an der Wurzel bekämpfen und mit Stumpf und Stiel ausrotten sollte. In den süddeutschen Staaten, denen etwas später auch Sachsen folgte, und einigen Städten, z. B. Altenburg, Bremen, Cassel, Köln, Frankfurt a. M., war man weniger bedächtig und wartete das Resultat der Erwägungen nicht ab, sondern griff beherzt zu und führte den Genehmigungszwang für alle Erbsmittel ein. Dieses gute Beispiel bot leider dem Kriegsernährungsamt einen neuen Vorwand zur Verzögerung der von allen Seiten dringend gewünschten Regelung: Man glaubte nun wieder die Erfahrungen und Erfolge der verschiedenen Prüfungsstellen abwarten zu müssen und begnügte sich mit der Einrichtung einer statistischen Abteilung, in der in gewissenhafter Weise alle amtlichen Untersuchungen der Erbsmittel gesammelt, aber heilslos nicht den Verbrauchern mitgeteilt werden. Erfolge und Erfolge der z. Z. seit Anfang 1916 bestehenden Erbsmittel-Prüfungsämter ließen nun in hinreichender Zahl vor, so daß es an der Zeit wäre, in neue Erwägungen einzutreten, die nur zu dem Resultat führen dürften, daß von Reichs wegen und damit auch für Preußen der Prüfungszwang für alle Erbsmittel eingeführt wird, denn alle Erfahrungen der verschiedenen Prüfungsämter sind gut. Ihre Arbeit erleidet nur eine ganz überflüssige Belastung dadurch, daß aus Preußen, wo man keine Schranken gegen gewissenlose Erbsmittelfabrikanten errichtet hat, immer wieder mehr oder minder untaugliche Präparate eingeführt werden, während im eigenen Lande schon das Bestehen des Prüfungsamtes zur Ausmerzung mancher überflüssigen „Nahrungsmittel-Industrie“ geführt hat.

Neben der Einrichtung der statistischen Abteilung hat das Kriegsernährungsamt zur Bekämpfung des Erbsmittelschwindels noch an die Käufer die Mahnung gerichtet, sich selber vor minderwertigen Fabrikaten zu schützen. Bei der heutigen Warenknappheit, wo der Markt für jede Ware, gleichviel von welcher Güte, aufnahmefähig ist, kann solche Mahnung unmöglich irgend welchen

Erfolge haben. Woher soll außerdem der Käufer wissen, was gute, was schlechte Erbsmittel sind? Er kann es immer nur erfahren durch eigene Versuche, denn die Anpreisungen auf den Verpackungen versprechen immer alles mögliche und unmögliche; von ihrer Wahrheit überzeugt man sich nur durch eine Probe im Haushalt, nicht durch das Anschauen im Laden. Die beinaheben Gutmachten besagen über den positiven Wert meist gar nichts und behaupten nur mehr oder minder zuverlässig die Unschädlichkeit. Und wenn der einzelne Käufer wirklich durch Schaden klug geworden ist und den Einkauf fragwürdigen „Erfases“ in Zukunft meidet, so hat die Gesamtheit nichts davon, jeder Einzelne muß von neuem und auf eigene Kosten klug werden, statt daß eine amtliche Stelle die Erfahrungen für alle sammelt und sie überhaupt nicht erst der Gefahr aussetzt, betrogen zu werden. Und wenn wirklich alle Einwohner eines Bezirkes, einer Stadt, Lebragd in Gestalt des Kaufpreises für minderwertige Erbsmittel gezahlt haben, so ist volkswirtschaftlich damit auch nicht viel gewonnen, denn die Ware ist einmal hergestellt, d. h. es ist Rohmaterial für einen untauglichen Zweck verwendet, Arbeitskraft daran verschwendet und der eigentlich Geschädigte ist neben dem Verbraucher der Kleinhändler, bei dem die minderwertige Ware liegen bleibt, gegen den sich gewöhnlich auch der Born der geneigten Käufer richtet, während der Hersteller längst seinen Gewinn in Sicherheit hat.

Das Kriegsernährungsamt wendet indessen weiter ein, daß es an genügend acidulierten Kräften fehle, um die erforderlichen Untersuchungen auszuführen. In den anaehtierten Staaten und Städten scheint man den Mangel an Arbeitskräften nicht ganz so hoch einzuschätzen. In die Forderungspolitik des Kriegsernährungsamtes, die zur Gründung vieler statt eines Prüfungsamtes geführt hat, verleiht sich ein solcher Mangel erst; denn heute läßt es sich nicht vermeiden, trotzdem die süddeutschen Staaten und Sachsen zu einem Uebereinkommen über die Anerkennung der in einem der Staaten vorgenommene Untersuchungen gelangt sind, daß zahlreiche Prüfungen doppelt gemacht werden. Dazu kommt noch, daß die Gerichte unendlich viel Arbeit zu leisten haben bei der Verfolgung der Fälle, in denen die Erbsmittelfabrikanten zur Rechenschaft vor die Gerichte gefordert werden. Durch zweckmäßige Organisation würde aller Wohlfeilheit nach an Arbeitskräften erspart, keinesfalls aber mehr abgedrückt, als jetzt für die vielfachen Untersuchungen im Auftrage der staatlichen, städtischen und gerichtlichen Untersuchungsstellen erforderlich sind, wobei noch nicht berücksichtigt ist, daß nach den Erfahrungen der bereits bestehenden Prüfungsämter die Einführung des Untersuchungszwanges allein schon den Fabrikationsseifer einsundnen pflegt.

Der Genehmigungszwang für alle Erbsmittel muß gefordert werden im Interesse der Behörden, des Handels, der Verbraucher. Bei der Schwierigkeit der Rohstoffbeschaffung auf allen Gebieten sind die Erbsmittelfabrikanten natürlich bemüht, sich die zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe erforderlichen Waren auf jede Weise zu beschaffen, alledings, ob sie sie zur Erreichung dieses Zweckes aus dem Kleinhandel wieder aufkaufen müssen, alledings auch, ob die anabotenen Materialien im Wege des Schleichhandels erworben werden. Nicht selten werden auch bereits verarbeitete Stoffe zur Vermeidung in irgend einen Erbsmittel aufkaufen. So sucht in diesen Tagen der allgemeine Konzernappetit eine chemische Fabrik, die sich mit der Herstellung von Lederfellen befaßt, Kerzen jeder Art und jedes Quantum durch ein Anker in einer Berliner Tageszeitung. Bei der „Teka“ ist eine besondere Abteilung zur damit beschäftigt, die Fälle von unerlaubter Verwendung von Kartoffelmehl zur Herstellung von Stärke zu verfolgen. Vermutlich handelt es sich auch hier um die Wiederverwertung der erlaubten Kartoffelstärkefellen, d. h. um Streckma, also Verbleichung; oder aber das Kartoffelmehl ist im Schleichhandel gekauft, so daß in jedem Falle Vorarbeiten der Verteilungsbehörden überbetreten worden sind. Die Verfolgung der schon erfassten Uebertretungen ist natürlich viel mühsamer und minder erfolgreich als die Untersuchungen, die solche Zuwiderhandlungen überhaupt unmöglich machen, denn es ist selbstverständlich, daß kein „Erfas“ anehmlich werden darf für den „verbotenen“ Grundstoffe verwendet werden.

Der Kleinhandel hat an solchen Prüfungsämtern gleichfalls ein lebhaftes Interesse. Er ist nicht in der Lage, sich über Wert oder Unwert der ihm angebotenen Fabrikate zu unterrichten. Die jetzt üblichen privaten Gutachten geben ihm keinen Anhalt. Neben den Verbrauchern trägt er den

Schaden, der durch die minderwertigen Erbsmittel verursacht wird. Das der Verbraucher sich nicht selber schützen kann, mindestens einmal hereinfallen muß, ist schon dargelegt.

Selbstverständlich muß sich der geforderte Prüfungszwang auch auf die ausländischen Produkte erstrecken. Ganz abgesehen davon, daß die „Auslandsware“ es zum Teil schon zu demselben schlechten Ruf gebracht hat, den der „Erfas“ heute nur allzu berechtigterweise genießt, so steht auch zu befürchten, daß bei Nichtbeziehung der Auslandsware die minderwertigen inländischen Erzeugnisse sich schließlich in „Auslandsware“ verwandeln. Dem kann nur durch Unterwerfung auch der dänischen Bonifantwürfel, holländischen Badingpulver usw. unter den Prüfungszwang entgegen gewirkt werden.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 9. November 1917.

Erhöhung der Unterstützung von Kriegsfamilien. In seiner letzten Tagung hatte der Reichstag beschlossen, daß die monatlichen Unterstützungssätze für Kriegserfrauen von 20 auf 30 M. und diejenigen für Kinder von 10 auf 15 M. heraufgesetzt werden sollen. Außerdem sollten die Gemeinden verpflichtet werden, den örtlichen Verhältnissen angemessene Unterstützungssätze für die bedürftigen Kriegsfamilien zu gewähren.

Die Regierung hat nun wohl die Notwendigkeit einer Erhöhung der Unterstützungssätze anerkannt, ist aber den Beschlüssen des Reichstages nicht vollständig beigetreten, sondern hat nun folgende Bundesratsverordnung vom 2. November erlassen:

„Die Versicherungsverbände sind verpflichtet, aus ihren Mitteln eine Erhöhung der bis zum 1. Oktober 1917 gezahlten Familienunterstützungen eintreten zu lassen, die spätestens vom 1. November 1917 an zu gewähren und deren Betrag je nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen ist. Bis zum Betrage von 5 M. für jeden Unterhalteten werden die seit dem 1. November 1917 gewährten Erhöhungen der Unterstützungen vom Reich erstattet, und zwar zur Hälfte allmonatlich, zur Hälfte zusammen mit der Erstattung der geschuldeten Beiträge.“

In allen Versicherungsverbänden — auch solchen, die bisher keinen Zusatz zu den Mindestsätzen aus eigenen Mitteln gewährt haben — und für alle Unterstützungsberechtigten tritt also vom 1. November 1917 an eine Erhöhung der bisherigen Unterstützung an sich ein. Den Versicherungsverbänden steht aber die Entscheidung darüber zu, in welcher Höhe dies zu geschehen hat; sie können dabei die Zahl der Kinder, die Arbeitsunfähigkeit und andere Gesichtspunkte berücksichtigen. Den Versicherungsverbänden wird die gesteigerte Anspruchnahme dadurch erleichtert, daß die erhöhten Unterstützungen bis zu 5 M. monatlich vom Reich erstattet werden und zwar zu einer Hälfte allmonatlich, zur anderen mit der Erstattung der Mindestbeiträge. Soweit die Versicherungsverbände Unterstützungen über den Satz von 5 M. hinaus gewähren, erhalten sie zu den ihnen dadurch erwachsenden Ausgaben Zuschüsse aus dem Wohlfahrtsfonds des Reiches in gleicher Weise, wie zu den sonstigen von ihnen den Unterstützungsberechtigten gewährten Zuschüssen zu den Mindestsätzen.

Die Zusammenlegung von Brauereibetrieben betrifft eine Bundesratsverordnung vom 2. Nov. d. J., die den Zweck verfolgt, die Konzentration des Gewerbes in geordnete Bahnen zu bringen. Es sollen also einzelne, besonders leistungsfähige Betriebe die Produktion anderer Betriebe mit übernehmen, die selbst stillgelegt werden. Zur Durchführung des Planes werden Zusammenlegungsbezirke gebildet, an deren Spitze Zusammenlegungskommissionen stehen. Jeder Bezirk erhält außerdem einen Bezirksausschuß, jeder Kommission einen Zusammenlegungsausschuß. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von dem Zusammenlegungskommissionar unter Berücksichtigung von Vorschlägen des Brauereigewerbes ernannt. Zur Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft werden vom Kommissionar bei den Ausschüssen Vertrauensleute der Brauereiarbeiter unter Berücksichtigung von Vorschlägen der Arbeitnehmerverbände bestellt.

Vor der endgültigen Festlegung des Zusammenlegungsplans durch den Zusammenlegungskommissionar ist der Zusammenlegungsausschuß und der bei diesem bestellte Vertrauensmann der Brauereiarbeiter zu hören. Die Durchführung des Zusammenlegungsplans soll, soweit wie irgend möglich, im Wege vertraulicher Vereinbarung zwischen den beteiligten Betrieben (Brauereiarbeitern, Gesellschaftsverträge) durchgeführt werden. Nur wenn dies aus irgendeinem Grunde

nicht gelingt, soll Zwang ausgeübt werden. In diesem Falle ist der Zusammenlegungsausschuss befugt, Brauereibetrieben die Verpflichtung zur Eingebung eines Lohnverhältnisses aufzuerlegen oder sie ohne ihre Zustimmung zu Gesellschaften zu vereinigen.

Um Brauereien, die infolge der Kriegsverhältnisse die Belieferung von Kunden ganz oder teilweise aufgeben müssen, einen Schutz dagegen zu verleihen, daß andere Brauereien ihre Kostlage zur Erweiterung ihres Kundentretes ausnutzen, ist solchen Brauereien das Recht gegeben, zu verlangen, daß die von anderen Brauereien übernommenen Belieferung der Kunden sobald und inwieweit eingestellt wurde, als sie selbst in der Lage sind, ihre Kunden zu beliefern. Das gilt jedoch nicht, wenn einem Kunden die Wiederaufnahme des Bezugs billigerweise nicht zugemutet werden kann. Zur Entscheidung von Streitigkeiten über Fragen des Kundenschutzes werden Schiedsgerichte, deren Mitglieder dem Kreise des Brauergewerbes und der Bierabnehmer entnommen werden sollen, gebildet werden.

Die Gelben auf dem Mitgliederkongress. Wie wir der „Arbeitgeberzta.“ entnehmen, sind die Gelben im Begriff, neuerdings eine rege Werbetätigkeit zu entfalten. Den Grund dafür bildet die Tatsache, daß auch die gegenwärtigen Organisationen unbefriedigt um den Burkräften ihre Agitation getrieben“ hätten. Das Organ der sogenannten wirtschaftsfeindlichen Werk- und Arbeitervereine Süddeutschlands veröffentlicht deshalb einen Aufruf, in dessen Schlüssen es heißt:

Die Zeit ist günstig. Viele Arbeiter haben den Streikverwechungen den Rücken gekehrt. Diese Arbeiter sind vielfach leicht für uns zu gewinnen. Es bedarf nur der Anregung. Darum richten wir den Aufruf an unsere Mitglieder, eifrig zu wirken für die Ausbreitung unserer wirtschaftsfeindlichen Arbeiterbewegung. Jeder Kamerad soll sich vornehmen, mindestens ein neues Mitglied seinem Verein zuzuführen. Das ist nicht schwer. In die Vorstände der Vereine wählen wir die Aufforderung, besonders an die, deren Mitgliederzahl zurückgegangen ist. Vorstandssitzungen oder Mitgliederversammlungen einzuberufen. Der Verbandsvorstand ist jederzeit bereit, zu kommen. Es gilt jetzt, unsere Bewegung immer stärker und dadurch einflußreicher zu machen. In Zukunft sind viele Fragen zu lösen, die im Interesse des Arbeiters liegen, darum stärkt unsere Reihen, vermehrt die Kraft unseres „Süddeutschen Arbeiterverbandes“.

Die Gelben bauen ihren Plan auf einer falschen Rechnung auf. Die Zahl der Arbeiter, die den „Streikverwechungen“ den Rücken gekehrt haben, ist recht gering. Allzu großen Zulauf werden die Gelben also von dieser Seite nicht haben. Außerdem haben die Arbeiter, je länger der Krieg dauert, umso mehr eingesehen, was die unabhängigen Arbeiterorganisationen für alle Arbeiter geleistet haben. Das beweist am besten die erteilte Mitgliederzunahme, die sie in den letzten Monaten zu verzeichnen hatten. Im übrigen sollten die denkenden Arbeiter, die den Wert einer richtigen Organisation schätzen gelernt haben, insbesondere unsere Gewerkschaftskollegen, sich den Aufruf der Gelben zu Herzen nehmen, ihn sich als Ansporn dienen lassen und alle Sabel in Bewegung leben, daß die Absichten der Gelben nicht nur vereitelt werden, sondern den Gewerkschaften recht viele neue Mitglieder zugeführt werden. Das wäre die beste Antwort auf die Werbeerufende der Gelben.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat September, dem 38. Kriegsmonat, zeigt, wie das „Reichsarbeitsblatt“ schreibt, daß dem deutschen Wirtschaftsleben eine unverminderte, nicht zu brechende Widerstandskraft innewohnt, mit der es aller Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellen, Herr zu werden weiß. Dem September des Vorjahres gegenüber ist verschiedentlich auch im Berichtsmont wieder eine Steigerung der Tätigkeit hervorgetreten.

Am Verabau und Hüttenbetrieb ist die Nachfrage nach wie vor außerordentlich lebhaft und die Beschäftigung unvermindert rege. Die Metall- und Maschinenindustrie arbeitet auch im September mit lebhafter Anspannung und kann dem Vorjahr gegenüber vielfach eine Steigerung der Leistungen melden. Ähnliches gilt für die elektrische Industrie. In den chemischen Betrieben hielt sich die Beschäftigung im allgemeinen auf der gleichen Höhe wie im Vormonat und im Vorjahr um die gleiche Zeit, einzelne Betriebszweige haben aber auch dem September 1916 gegenüber eine Steigerung des Geschäftsganges erfahren. Im Holzgewerbe machte sich eine wesentliche Verschärfung der Beschäftigungsverhältnisse nicht geltend. Die

Lage des Bekleidungs-gewerbes war im September im ganzen ebenso befriedigend wie im Vormonat, zum Teil trat in diesem Gewerbe eine Verbesserung gegen den Vormonat hervor. Für den Baumarkt sind keine wesentlichen Abweichungen von der bisherigen Lage zu vermerken.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die am 1. Oktober d. J. in Beschäftigung stehenden Mitglieder dem 1. September gegenüber insgesamt eine Zunahme um 17 838 oder um 0,19 v. H. gegenüber einer etwas größeren Zunahme der Beschäftigtenzahl (um 0,44 v. H.) bei der vorhergehenden Feststellung am 1. September. Wenn auch die Gesamtzunahme dem Vormonat gegenüber eine geringe Abminderung erkennen läßt, so ist im Vergleich zum Vorjahr die Entwicklung eine günstigere, denn im vorigen Jahre war keine Zunahme, sondern eine Abnahme der Beschäftigten um insgesamt 0,48 v. H. hervorgetreten; gegenüber dem 1. Januar 1917 insgesamt eine Zunahme von 5,1 v. H. gegen 3,3 v. H. im Vorjahr vorhanden. Im einzelnen zeigt sich die weibliche Beschäftigung am 1. Oktober d. J. um 18 439 oder um 0,39 v. H. höher als am 1. September, während die männliche Beschäftigtenzahl um 601 oder um 0,01 v. H. d. h. also in ganz verhältnismäßigem Maße, abgenommen hat. Bei der Verteilung der Bewegung der männlichen Beschäftigtenzahl muß wieder berücksichtigt werden, daß die Kriegsgesamtenarbeit in den Erzeugnissen der Krankenkassenstatistik nicht enthalten ist.

Nach den Feststellungen von 33 Fachverbänden, die für 1029 179 Mitglieder über Arbeitslosigkeit berichteten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende September 7875. Es sind das 0,8 v. H. Da auch Ende Juli und Ende August 1917 die Arbeitslosenziffer 0,8 v. H. betrug, so zeigt sich den beiden Vormonaten gegenüber keinerlei Veränderung in der Gestaltung der Arbeitslosigkeit. Im Vergleich zum September der drei vorhergehenden Jahre ist aber eine wesentliche Verminderung der Arbeitslosigkeit festzustellen, denn im September 1916 stieg die Arbeitslosenziffer auf 2,1 im September 1915 auf 2,6 v. H. und im September 1914 auf 15,7 v. H. Der wesentliche Umfang der Arbeitslosigkeit war im 3. Vierteljahr 1917 mit 0,6 v. H. gleich niedrig wie im vorhergehenden und niedriger als in allen anderen früheren Vierteljahren seit Beginn der Beobachtungen (1909).

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmont für das männliche Geschlecht ein allerdings nur schwaches Steigen des Andranes der Arbeitssuchenden erkennen. Im September kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 30 Arbeitssuchende (gegenüber 49 im Vormonat); beim weiblichen Geschlecht stieg die Andranasziffer von 86 auf 87.

Die bis Mitte Oktober reichende Statistik auf Grund des „Arbeitsmarkt-Anzeigers“ weist gegen den Vormonat keinerlei wesentliche Veränderungen der Verhältnisse auf. Gegen das Vorjahr ist eine Verminderung der überschüssigen Arbeitssuchenden und eine Vermehrung der überschüssigen offenen Stellen eingetreten.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände über die Beschäftigung im September lassen für Westpreußen und Baden keine wesentliche Veränderung der Lage des Arbeitsmarktes erkennen. In Thüringen ist das Angebot der weiblichen Arbeitskräfte gleich geblieben, das der männlichen Arbeitssuchenden aber zurückgegangen. In Hannover zeigte sich demgegenüber eine Zunahme der männlichen Arbeitssuchenden bei einer gleichzeitigen Verminderung des weiblichen Arbeitsangebots. Aus Elb-Lothringen wird eine Zunahme der weiblichen Arbeitssuchenden gemeldet. In Heilen-Plaus und Hessen trat ein Rückgang der stehenden ungenutzten Stellen hervor. Im übrigen verzeichnen eine Reihe von Arbeitsnachweisverbänden eine verminderte Quantitätzunahme. So ist in Ostpreußen dem Vormonat gegenüber ein Rückgang der gemeldeten Arbeitskräfte und der offenen Stellen eingetreten. Auch für Berlin-Brandenburg ist die Lage durch eine allgemeine leichte Abminderung zu kennzeichnen. Im Königreich Sachsen wie in Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen und Schleswig-Holstein ging die Vermittlungstätigkeit zurück. Das gleiche gilt für das Rheinland. Auch in Westfalen wie in Württemberg verminderte sich die Zahl der Arbeitssuchenden.

Für die Abschaffung der Nachtarbeit im Bädergewerbe erhebt jetzt auch — man lese und staune — die „Arbeitgeberzta.“ ihre Stimme. In ihrer letzten Nr. 43 vom 28. Oktober sucht ein Herr A. Sch. den Lesern die Durchführung des Nachtbrotverbots durch folgende Darlegungen bereislich zu machen:

Die Arbeitgeberchaft im Bädergewerbe ist früher eine geschlossene auf Seiten der Nachtarbeit, und zwar in der Hauptsache deshalb, weil man allgemein der Ansicht war, daß durch die Nachtarbeit die die Herstellung von frischem Weißgebäck zum Frühstück ermöglichte, das Kleingewerbe gegenüber den Großbetrieben am sichersten erhalten werden könnte. Man war der Meinung, daß der mechanische Großbetrieb durch seine neuzeitlichen Einrichtungen wohl hinsichtlich des Großbrottes den kleinen handwerksmäßigen Bädereien überlegen sei, daß aber die Fertigstellung des Kleingebäcks, bei dem jedes einzelne Stück eine besondere Sorgfalt und Handfertigkeit erfordere, den kleinen Bädereien als sicherer Bestand verbleiben würde. Daß diese Auffassung irrig war, hat die Zeit vor dem Kriege bewiesen. Überall, wo ein lohnendes Absatzgebiet vorhanden war, besetzten sich die Großbetriebe auch mit der Herstellung des Kleingebäcks und der Konditorewaren, und man kann nicht behaupten, daß sie hinsichtlich ihrer Leistungen auf diesen Gebieten den Durchschnittsleistungen der Kleinbetriebe nachstehen. Die Gefahr lag somit nahe, daß sich die Konfektionierung der Kleinbetriebe auch auf diesem Gebiete beschränken würde. Tatsächlich nahm die Zahl der Kleinbetriebe in den Großstädten mit der Bevölkerungszunahme nicht nur nicht zu, sie ging sogar überall zurück.

Da kam der Krieg und das Verbot des Kundenbadens und der Einstellung der Weißbäckeri. Prot sollte überhaupt nicht mehr in frischem Zustand verkauft werden, und es hatte unter diesen Umständen wirklich keinen Sinn, Brot in der Nacht zu backen und dabei noch besonders Beleuchtung zu verwenden, die Folge war das Verbot der Nachtarbeit. Die Kleinbetriebe nahen sich rasch den neuen Verhältnissen an und fügten sich dabei sehr wohl, anders lag aber die Sache für die Großbetriebe. Durch die zwölfwöchige Stilllegung der Betriebe, die selber ununterbrochen in zwei oder auch drei Arbeitsschichten ausgenutzt werden konnten, wurde die Ausnutzungsmöglichkeit der Einrichtungen und damit das Ubergewicht über den handwerksmäßigen Kleinbetrieb ganz wesentlich eingeschränkt. Die Stimmung in den Kreisen der Arbeitgeber schlug dabei um, und heute kann man ruhig behaupten, daß nicht nur die Gesamtheit der Gesellen, sondern auch der überwiegende Teil der Meister im Bädergewerbe von der Wiedereinführung der Nachtarbeit nichts mehr wissen will.

Und zum Schluß des Artikels heißt es: „Deshalb sind sich auch Arbeitgeber und Gesellen im Bädergewerbe darüber einig, daß es für beide Teile besser ist, wenn die Nachtarbeit nicht wieder kommt.“

Die „Arbeitgeberzta.“ gibt diese Ansichten ohne jeden Zusatz wieder. Man darf also annehmen, daß sie damit einverstanden ist, und wie befinden uns in der seltenen Lage, einmal mit der „Arbeitgeberzta.“ an demselben Strang zu ziehen. Hoffentlich zieht das Blatt nun auch die weiteren Konsequenzen und tritt mit uns für die sofortige gesetzliche Festlegung des Nachtbrotverbots ein!

Vom Weg der Wohnungsnot. In den Erhebungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes, über deren Ergebnisse wir wiederholt berichtet haben, wird auch mitgeteilt, daß Düsseldorf verhältnismäßig viel leerstehende Wohnungen aufweise: 4,3 Proz., während der „Normalzeit“ nur 3 Proz. beträgt. Wie sehr solche statistischen Erhebungen ein irriges Bild werden können, zeigt ein Bericht, den soeben der Regierungsbaumeister Deneke, Leiter des Stadterweiterungsausschusses, im „Düsseldorfer General-Anzeiger“ erstattet:

„Die Erfahrungen des Mietbüros der freiwilligen Liebesanstalt, Familienfürsorge, ergänzt durch Veröffentlichungen von Dr. Marie Baum, bestätigen die von allen Ortshandigen geteilte Auffassung, daß der Mangel an kleinen und mittleren Wohnungen jetzt groß ist und bereits schwere Mißstände sich zeigen; daß u. a. die Unterbringung von Familien mit Kindern in einem einzigen Raum, die Benutzung unbenutzbarer Räume im Dach- oder Hinterhaus nicht mehr zu den Seltenheiten gehört.“

Nach dem Kriege wird insofern eine Erleichterung eintreten, als die Ausländer, die in großer Zahl hier beschäftigt sind, die Stadt verlassen werden, sobald normale Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt eintreten. Dafür kommen dann aber hinzu die aus dem Felde heimkehrenden Zurückgebliebenen, die kriegsgetrauten Ehepaare (bisher etwa 4000), sowie die Familien, die wegen Einberufung des Vaters zur Zeit bei Verwandten untergekommen sind. Es muß also sicher angenommen werden, daß in Düsseldorf, wenn nichts geschieht, aus der heutigen Wohnungsnot nach dem Kriege ein Wohnungsledefand wird, das unter der vom Kriege geschwächten Bevölkerung große Opfer an Gesundheit und Sittlichkeit fordern wird, und dessen Folgen schwer wieder gut zu machen sind.“

Wie gesagt, das sind die Verhältnisse in einer Stadt, die nach objektiver Aufnahme zu den günstigsten im Lande zählt. Unter allen Fragen der Liebergangswirtschaft steht die Wohnungsfrage in erster Reihe, und daß hier nicht kleine Mittel und Mitteln helfen, weiß jeder, der auch nur einmal einen Blick in diese Zustände und ihre Tragweite getan hat.

Ein beherzigenswerter Fingerzeig für die Krankenkassen im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten ist ein Erlaß des bawrischen Staatsministeriums vom 15. September d. J. Dieser Kampf kann nur den dringend erwünschten Erfolg haben, wenn damit die nötige Aufklärung der breiten Volksschichten einhergeht, andererseits aber auch die Disziplin strengstens gewahrt bleibt. Dem letzteren Zwecke dient der erwähnte bayrische Erlaß, in dem es heißt:

„Nach Mitteilung des Reichsamts des Innern laufen in den Kassen für Geschlechtskranke täglich Krankenscheine zur Ausfüllung zwecks Erstattung von Krankengeld an. Günstig lassen die Krankenkassen diese Formblätter den Kranken durch ihre Angehörigen übergeben. Auf diese Weise kann es vorkommen, daß den Familienangehörigen die Art der Erkrankung des Krankenzustandes bekannt wird. Die Krankenkassen sind deshalb zu veranlassen, die Krankenscheine den Lazaretten unmittelfach zu übersenden.“

Im Interesse der Sache wäre dringend zu wünschen, daß nicht nur in Bayern, sondern überall die Krankenkassen in der angeratenen Weise vorgehen. Wo dies bisher noch nicht geschieht und Gewerkschaftsmitgliedern im Vorstände ein Wort mitzureden haben, sollten sie unbedingt darauf hinwirken.

Italienische Arbeiter in Frankreich und Deutschland. Wie die italienische Zeitung „Verriererange“ mitteilt, beschäftigt sich eine Kommission in Frankreich mit der Einwanderung italienischer Arbeiter nach dem Kriege und sucht nach Mitteln und Wegen, um auf diesem Gebiete den deutschen Mitbewerber zu besitzigen. Dazu bemerkt das italienische Blatt:

„Die Vorschläge sind bisher recht dürftig, und Frankreich darf nicht vergessen, wie viel besser der italienische Arbeiter in Deutschland durch die deutsche Gesetzgebung gestellt ist. In Deutschland ist die Bezahlung durch Beiträge mit wächtigen Subsidien geregelt. In diesen Subsidien ist der italienische Arbeiter Wähler und wähler, während er in Frankreich rechtlos ist. Der Arbeiter hat in Deutschland Anspruch auf Unfallversicherung, Krankenlohn und Pension. Das alles sind reale Vorteile, die unsere französischen Freunde bedenken müssen, wenn sie den Strom italienischer Arbeiter nach Frankreich lenken wollen.“

Aber das Barbare bleiben die Deutschen trotzdem!

Wo droht Wohnungsnot? Die Öffentlichkeit hat jetzt angefangen, sich ernster mit der Frage der drohenden Wohnungsnot zu beschäftigen, aber es fehlen bis vor kurzem genauere Angaben über die Lage des Wohnungsmarktes an den einzelnen Orten. Da ist nun eine Arbeit des Kaiserlichen Statistischen Amtes vor einigen Monaten, vor allem aber eine ganz kürzlich vom Deutschen Wohnungsausschuß herausgegebene Schrift des bekannten Städtestatistikers Dr. Kucynski „Wohnungsnot bei Friedensschluß?“ (Verlag Carl Heymann; 1,80 Mk., U. 8. S.) sehr zur rechten Zeit gekommen. Diese Schrift beruht auf einer besonderen Umfrage bei den 99 deutschen Gemeinden, die über 50 000 Einwohner zählen, und verfolgt für diese den Wohnungsmarkt sowohl für die Zeit vor dem Kriege wie während des Krieges und gibt auch ein wohl- abgemessenes Urteil über den großen bei Friedensschluß zu erwartenden Wohnungsbedarf. Diese genauen Nachweisungen, mit denen wir in der vielumstrittenen Frage erheblich festere Boden als bisher unter die Füße bekommen, werden allen, die mit diesen Dingen zu tun haben, sehr willkommen sein.

Ämtlicher Teil.

Begrüßungsliste
des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (S. D.).
Leitung über eingehende Beiträge im Monat

Oktober 1917.
Beitraggeber: Berlin III 2,47, Siegnitz 3,25, Weisburg 0,65, Kofenwall 6,76, Kofen 28,97, Pohl Nr. 72 2,30, Widdauer: Berlin 36,02, Breslau 9,80, Scharfberg a. B. 24,11, Brauer: Breslau 11,57, Schönbauer: Berlin 2,70, Fabrik- und Handarbeiter: Berlin II 1,17, Berlin III 0,78, Oberbach 15,34, Kiel-Gaarden 2,21, Langendorf 1,43, Penig 12,00, Hofbad

1,56, Rottbäusen 8,58, Seitin-Bredow 2,86, Einzelmtgl. Brandenburg 2504 4,68, Nr. 2471 1,56, Gemeinbeirr.: Berlin I Nr. 5401 1,95, Berlin II 9,23, Halle 2,21, Sauffeute: Berlin Nr. 2993 1,17, Nr. 2292 3,12, Nr. 2896 1,17, Kantarieren: Berlin 5,00, Maler, Ledierer: Berlin I 20,74, Berlin III 2,47, Chemnitz 11,18, Tennin 0,96, Dresden 1,17, Eberfeld 2,34, Gera 2,90, Königsfeld 7,41, Naumburg 7,41, Straßburg 18,98, Worms Nr. 5263, 5264 7,02, Nr. 2511 1,04, Zeitz 10,40, Zittau 6,50, Maschinenbau- und Metallarbeiter: Hildesheim 9,23, Geislingen 2,60, Göttingen 10,79, Mallanig 3,12, Chweil 3,77, Rathenow 11,73, Worms Nr. 2299 0,78, Einzelmtgl. Rauer Nr. 755 0,78, Reiff Nr. 1605 1,17, Fischer Nr. 2264 1,82, Schulz Nr. 3083 1,04, Jordan Nr. 3296 1,17, Pieper Nr. 3975 1,04, Ceile Nr. 970 2,34, Verzelanarbeiter: Altkatholiken 25,06, Alt-Wasser 24,05, Fürstberg 3,38, Königsfeld 21,71, Wolfendorf 2,34, Rudolstadt 8,45, Sophie-Charlottenbunn 4,68, Tiefenfurt 3,12, Halberstadt 4,29, Wittenberg 1,95, Einzelmtgl. Treffel Nr. 1762 3,08, Jodobi Nr. 769 1,04, Kemmena Nr. 1155 1,58, Schneider: Berlin 44,81, Breslau I 24,38, Nr. 3392 1,92, Cottbus 6,30, Danzig 3,90, Dresden 5,59, Eberfeld 3,25, Erfurt 15,99, Erlangen 7,74, Götting 9,10, Greifswald 4,81, Gagen 12,48, Jena 7,15, Pfla 7,94, Mannheim 4,55, Naumburg 4,20, Neudorf 5,33, Reuditz a. S. 5,33, Cuedlinburg 6,63, Rathenow 12,68, Straßburg 15,22, Weihenfels 30,29, Worms 0,78, Zweibrücken 6,76, Hagenbaum Nr. 2937 2,16, Schuhmacher und Lederarbeiter: Peuten 8,58, Barth 7,54, Berlin I 33,76, Haderach 29,77, Breslau 8,97, Bromberg 10,53, Burg 2,64, Mühl-Deub 1,69, Erfurt 11,96, Frankfurt a. C. 8,45, Nr. 1644 1,56, Nr. 1831 1,98, Frankfurt 9,10, Brandenburg 15,21, Halle 6,60, Oerberg 1,82, Ostschkera 5,46, Langendorf 9,88, Penig 5,20, Pfla-Saaren 4,53, Weihenfels-Nach 13,00, Naumburg 6,02, Neudorf-Nach 12,74, Paderborn 6,24, Paderborn 2,96, Reib 1,95, Birmansien 98,96, Reim I 17,29, Potsdam 0,10, Rohwein 28,08, Seitzin 4,68, Weihenfels 421,07, Worme 11,88, Einzelmtgl. Aergel Nr. 1319 2,34, Holzhausen Nr. 1220 3,30, George Nr. 546 2,34, Geheimerer Nr. 975 0,39, Textilarbeiter: Berlin 8,20, Berg-Arbeit 30,42, Chemnitz 23,53, Duisburg 8,68, GutsMuths 6,89, Erlangen 19,88, Forst 32,96, Gabeln 10,01, Großenhain 5,79, Guben 2,86, Gagen 3,90, Helena-Krumm 1,69, Oelmünde 47,45, Ost 2,60, Mühlberg 13,91, Nürnberg 7,15, Penig 8,97, Zwickau Nr. 5381 3,38, Schwarzenbach 4,55, Sagan 9,36, Seib II 13,91, Weidau 8,32, Zannkauen 9,10, Ziffer: Bitterfeld 34,58, Brandenburg 10,79, Gärberhof 9,57, Rathenow 25,74, Uckermünde 12,22, Veltin 1,69, Weistätten 6,50, Zwickau 2,08, Einzelmtgl. Türen Nr. 2550 1,04, Crzofowitsch Nr. 2320 1,17, Biazarren- und Tabakarbeiter: Sagan 8,06, Reuditz 7,26, Breslau Nr. 5376 1,69, Ortsverbände: Erlangen 20,80, Reibitz 28,47, Wendeberg 1,69, Kaufkassen: Rälger-Berlin 5,07, Summa Mark 2007,19.

Berlin, den 4. November 1917.

R. Klein, Hauptkassierer.

Unter Bezugnahme auf § 5 des Statuts machen wir bekannt, daß nachstehende Mitglieder der Begrüßungskasse des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften aus der Kasse ausgeschlossen sind, wenn sie nicht innerhalb vier Wochen die reitierenden Beiträge bezahlen:

Schneider: Neudorf Nr. 4227, 4228, 5125, Cuedlinburg Nr. 3129, Schuhmacher und Lederarbeiter: Birmansien Nr. 4008, 5385, Weihenfels Nr. 3510, Textilarbeiter: Berlin Nr. 4127, Gabeln 3900.
Berlin, den 4. November 1917.

Paul Rälger, R. Klein, Vorsteher, Hauptkassierer.

Aus dem Verbands.

Berlin. Die 692. Veranstaltung des Vereins für Volkshilfswerkungen findet am Sonntag den 11. November, nachmittags 5 Uhr in der Urania, Taubenschloß 48-49, statt. Zum Vortrag gelangt Die Freireinigung Organisations und der Autowina. Lichtbildvortrag mit Filmaufnahmen.

Jena. Trotz der durch die ungünstigen Verkehrsverhältnisse herrschenden Schwierigkeiten lagte hier am 4. November eine Konferenz Thüringischer Ortsverbände und Ortsvereine, die einen ausgerechneten Verlauf nahm. Vertreten waren die Ortsverbände Eisenach, Erfurt, Gotha, Jena, Naumburg, Weimar und Weihenfels. Einige Ortsverbände und Ortsvereine, die keinem Ortsverband angeschlossen sind, waren leider nicht erschienen, was im Interesse der Sache durchaus zu bedauern ist. Als Vertreter des geistlich-führenden Ausschusses war der Verbandsdirektor Kollege Lewin erschienen, der in seinem einleitenden Vortrage die Frage erörterte: Was können und müssen die Ortsverbände zur Förderung unserer Gewerkschaften tun. Der Vortragende wies einleitend an der Hand eines reichen Tatsachenmaterials nach, daß das Hauptverdienst daran, daß das deutsche Wirtschaftslieben während des Krieges einen so ungehörten Verlauf nimmt, den Arbeiterorganisationen zuzuschreiben sei. Sie haben mit dazu beigetragen, daß unsere Volkswirtschaft von schweren Störungen verschont blieb, daß die Kriegswirtschaft nicht durch Streiks gehemmt, sondern alles geschaffene wurde, was zum Bedarf des Heeres erforderlich ist. Aber auch bei der Regelung der Volksernährung und auf vielen

anderen Gebieten haben sich die Organisationen mit großem Erfolge betätigt. Dafür ist ihnen allseitig Anerkennung ausgesprochen worden, und eine ganz andere Bewertung als vor dem Kriege ist eingetreten. Wenn zahlreiche Aufgaben hatten aber auch in der Zukunft ihre Lösung. Redner wies dabei auf die vom letzten Verbandstage aufgestellten Forderungen hin und die vielen Probleme, die durch die Liebergangswirtschaft gestellt werden. Auch dabei müßten die Organisationen ihr Wort in die Waagschale werfen, and das könne mit uns größerem Gewicht gesprochen, je stärker die Organisationen sind. Deshalb müßten alle Stellen darauf bedacht sein, die Organisation zu fördern. Insbesondere fallen dabei den Ortsverbänden zahlreiche bedeutungsvolle Aufgaben zu. In einbringlichen Worten schiederte Kollege Lewin jedem in einzelnen diese Aufgaben, die von vielen noch nicht in ihrer ganzen Bedeutung gewürdigt werden. Er gab auch Fingerzeige, wie die Gleichgültigkeit gegenüber den Ortsverbänden beseitigt werden könnte. Er wählte zum ersten Zusammenhalt innerhalb unserer Vereinigungsgemeinschaft und forderte die Mitglieder auf, treu zu ihren Vorständen zu stehen, solange diese ihre Schuldigkeit tun. Nur dann könne Erfolgreiches geleistet werden. Zum Schluß erwähnte er die anwesenden Vertreter dafür zu fordern, daß das, was in der heutigen Konferenz beraten würde, auch hinausgetragen wird in die Kreise der Gewerkschaftsmitglieder, damit sie es in die Tat umsetzen helfen.

Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen und zeitigte eine Ausdrücke, wie man sie selten beobachten kann. Die schwierigsten wirtschaftlichen Probleme wurden dabei in richtigen Lichte geschilbert und die Notwendigkeit der Betätigung aller Gewerkschaftsmitglieder im vollsten Maße gewürdigt. Aber nicht genug damit! Es wurden auch Mittel und Wege erörtert, wie man an benachteiligten Orten, wo in der Kriegszeit das Gewerkschaftsleben eingeschlafen ist, wieder eine eifrigere Tätigkeit entfalten könnte. Einlich wurde auch der Plan der Errichtung eines Arbeitersekretariats für die Thüringischen Staaten von den beteiligten Seiten aus beleuchtet. In seinem Schlußwort ging Kollege Lewin noch einmal auf die in der Vorrede vorgetragenen Anregungen ein und nach beachtenswerte Fingerzeige, wie man die erhofften Ziele am sichersten erreichen kann. Er schloß seine Ausführungen damit, daß er den Anwesenden angeschlossen ans Herz legte, in bewährter Weise auch weiter für die Ideale der Deutschen Gewerkschaften zu kämpfen und an ihrer Stelle mit dazu beizutragen, daß die deutsche Arbeiterkraft im kommenden neuen Deutschland sich besserer Lebensbedingungen erfreue, als das vor dem Kriege der Fall war. Der Verlauf der Tagung, die von dem besten Geiste durchweht war, läßt den bestmöglichen Schluß zu, daß die Thüringischen Kollegen gemäß dem zum Ausdruck gebrachten Willen nun auch alles daran setzen werden, mehr als bisher noch für die Sache der Gewerkschaften einzutreten und dafür zu sorgen, daß für unsere Bewegung neue Anhänger und Vorkämpfer gewonnen werden.

Versammlungen.

Berlin. Distrikterkenn der Deutschen Gewerkschaften. Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften (S. D.). Jeden 1. Mittwoch im Monat. Nächste Zusammenkunft am Mittwoch, 5. Dez., ab 8 1/2 Uhr. — Kandidatengewinnverein Groß-Berlin (Ortsk. II S. D.) Sitzung jeden 2. u. 4. Dienstag im Monat, abends 8 Uhr, im „Sport-Restaurant, Dirschenstraße 1. Die beiden anderen Diensttage Sitzung Bülowstraße 98 bei Gerecht. — Sonnabend, den 10. November 1917. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Abends 8-10 Uhr. Zuhilfenahme im „Nordwest-Kaffee“, Alt-Moabit 55. — Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin V. Abends 8 1/2 Uhr bei Kamp, Stalitzerstr. 126. L. O. dajelbit.

Änderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Hamburg (Ortsverband u. Sekretariat). R. Wolfenowski, Kassierer, Marktstr. 22 II.

Anzeigen-Teil.

Aktenregister für Arbeitersekretariate, in überschüssiger Weise eingerichtet zur Eintragung der angelegten Akten. Unentgeltlich für jedes Arbeitersekretariat und jede Rechtsanwaltskanzlei der Deutschen Gewerkschaften. Dauernd überblick über den Verlauf der behandelten Fälle.
Nr. 1 für 100 Akten Preis 3,00 Mark
" 2 " 500 " 8,00 "

Außerdem empfehlen wir wiederholt:
Eintragsbücher für die Statistik:
Form. D Nr. 1 für etwa 200 Auskünfte 1,50 Mk.
Form. D Nr. 2 " 500 " 3,00 "
Form. D Nr. 3 " 1000 " 5,00 "

Formulare für Kassa- und Invalidentragen.
Form. A für Berufungsschriften | 25 Stk.
Form. B " Returs- bezw. Revisionschriften | 0,75 Mk.

Personalienfragebogen.
Form. C. 50 Stk. 0,75 Mk., 100 Stk. 1,50 Mk.
Berufung nur gegen Voreinlegung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin, Greifswalderstraße 221/222.